

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

DER GRIFF NACH DER WELT

Ein Remake zu Geschichte und den wahren Zielen hinter der Gründung der EU. Grundwissen.

[Matthias Müller]

Durch die modernen Kommunikationsmittel können heute die Menschen Anteil nehmen an dem, was fern von ihnen selbst anderen Menschen in den entlegensten Gebieten der Erde widerfährt. So entwickeln sie scheinbar immer mehr ein globales Gesamtbewusstsein und wachsen nicht nur der Idee nach, sondern auch real durch die verschiedensten weltweiten wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Beziehungen zur einheitlichen Menschheit zusammen, in der alle immer mehr erleben, wie sie voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind.

Angesichts der damit verbundenen weltweiten Aufgaben und Probleme, insbesondere auch der globalen Kriege, haben sich daher immer wieder Menschen mit der Idee einer Weltregierung und eines Weltstaates beschäftigt. So sah

der Schriftsteller Ernst Jünger in einem Essay „Der Weltstaat“ von 1960 in einer Weltrepublik den einzig verbleibenden Weg. Der Amerikaner Garry Davis rief 1948 die Weltbürgerbewegung ins Leben und forderte die Vollversammlung der Vereinten Nationen, in die er eindrang, zur Errichtung einer Weltverfassung und einer demokratisch gewählten Weltregierung auf. Namhafte Intellektuelle, darunter Albert Einstein, André Gide, Albert Camus und Jean-Paul Sartre, bildeten ein Unterstützungskomitee, und 750.000 Menschen aus mehr als 150 Ländern ließen sich innerhalb von 2 Jahren in einem Register als „Weltbürger“ eintragen (Quelle: Wikipedia).

Nun kann man Albert Einstein schwerlich nachsagen, er wäre ein in totalitären Denkmustern verhafteter, verkappter Diktator

gewesen. Er war einer der ersten, der die Gefahr des Dritten Reiches heraufziehen sah, öffentlich davor warnte und frühzeitig vor den Nazis nach Amerika floh. Man müsste meinen, dass er eine gewisse Abneigung gegen autokratische Ideen verinnerlicht haben könnte. Gleichzeitig erlag er jedoch – wie so viele vermeintlich hochintelligente, gebildete Menschen – der naiv-idealistischen Vorstellung, dass die Welt eine bessere sein könnte, wenn sie nur von ausreichend intelligenten Menschen geführt würde.

Die Vision des „philantropischen Diktators“ geistert seit jeher in den Köpfen von Staatstheoretikern herum. Das ist sehr verständlich, denn immerhin klingt sie – zumindest auf dem Papier – ungeheuer reizvoll und schlüssig: Wenn jemand klug genug ist, für jedes Problem eine gute Lösung zu haben, so

bräuchte dieser Jemand nur die Macht, diese Lösungen auch weltweit umzusetzen, und – Violá! – der Weltfrieden ist erschaffen. Wäre das nicht wundervoll? Natürlich ist es schwerlich vorstellbar, dass ein einzelner Mensch über all die Weisheit und all das Fachwissen verfügt, also müsste es ein „globaler Expertenrat“ sein, der die Geschicke des Planeten zu unser aller Wohl lenken würde. Klingt das gut? Nun, exakt dieser Denkschule sind die abscheulichsten Gräueltaten der Menschheitsgeschichte entsprungen, und dennoch sind es immer noch genau diese Ideen, die die vermeintlich „großen Denker“ unserer Zeit antreiben.

So verständlich solche idealistischen Bestrebungen sind: Sie stammen aus einem Denken, das die heute gewohnte hierarchische Staatsform – in der stets eine kleine

Elite über die große Masse herrscht – auf die ganze Erde überträgt. Die Rechtfertigung dieser Ideen stammt ausschließlich aus der Eigenwahrnehmung der selbst-ernannten „Eliten“: weil sie in der Regel überdurchschnittlich reich sind und/oder als intellektuelles Schoßhündchen der Reichen und Mächtigen ein angenehmes Auskommen gefunden haben, halten sie sich für berufen und geeignet, die Menschheit zu „führen“.

Bei der Mehrheit der Weltbevölkerung verursachen diese narzisstisch punzierten Vorstellungen jedoch weniger Enthusiasmus. Tatsächlich sind die meisten Menschen, spricht man mit ihnen offen über die – tatsächlich schon sehr alte – Idee der „Weltregierung“, zumeist unmittelbar von einem instinktiven Unbehagen erfüllt. Selbst Menschen mit geringem oder gar keinem Interesse an Politik und Staatsgeschichte scheinen tief in ihrem Inneren zu spüren, dass das Konzept der „Weltregierung“ der Idee der „Demokratie“ diametral entgegen läuft. Schon jetzt wird beispielsweise die EU als bürgerfern, bürokratisch und realitätsfremd empfunden, selbst und vor allem von den Menschen, die sich bislang nicht wirklich mit der strukturell-antidemokratischen Architektur des Bürokratiemonsters EU beschäftigt haben.

Von dieser „von Unten“ angestrebten Weltbürgerregierung ist, wie es bei Wikipedia dezent heißt, eine „von den aktuellen Machtkonstellationen dominierte Weltregierung“ zu unterscheiden. Das wäre eine Weltregierung, die „von Oben“, von den Machteliten der führenden westlichen Staaten auf indirektem Wege ausgeübt und weiter vervollkommnet würde. Dafür gibt es nicht nur Indizien, sondern zahlreiche Belege, und davon soll hier die Rede sein. Wir zeigen in diesem Artikel, dass die Europäische Union von Beginn an als Projekt der

angloamerikanischen Machteliten konzipiert war und explizit als geplante Vorstufe zu einer „Weltregierung“ gegründet wurde. Nur durch das Bewusstsein über die Entstehungsgeschichte der EU können die heutigen – auf den uninformierten Bürger irrational und unverständlich wirkenden – Prozesse auf dieser Ebene verstanden werden.

SUKZESSIVE AUFLÖSUNG DER SOUVERÄNITÄT DER STAATEN

Versetzt man sich in die Gedanken der Machteliten, die eine Weltregierung anstreben, dann müsste diese Entwicklung logischerweise zunächst durch die sukzessive, faktische Auflösung der Nationalstaaten vorangetrieben werden. Und genau das war der erklärte Plan bei der Gründung der EU.

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflussreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894 – 1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979). Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die „Vereinigten Staaten von Europa“, einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von dem Finanzmagnaten Max Warburg „mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre“ unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch („Ein Leben für Europa“, Seite 124–125). In seinem 1925 erschienenen Buch „Praktischer Idealismus“ bezeich-

nete Kalergi die Demokratie als „ein klägliches Zwischenspiel“ zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen Geldadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

„Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist.“ (S.39)

Ihm schwebte vor, den „plutokratischen Demokratismus“ durch die Aristokratie eines neuen Geld- und Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer „eurasisch-negroiden Zukunftsrasse“ (sic!) aufgehen sollen (S. 22, 23). Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongress ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berüchtigten US-Geheimdienst-Bosse: William „Wild Bill“ Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahe Unternehmensgruppen.

Das ACUE unterstützte die Europäische Bewegung, die im Juli 1947 von Winston Churchill initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongress in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa

und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen. Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluss ausübte. Es ist von größter Wichtigkeit für das Gesamtverständnis, dass all diese Dinge vor dem Hintergrund des gerade beendeten Zweiten Weltkrieges statt fanden. Die Nationen Mitteleuropas waren vom Krieg gezeichnet, wirtschaftlich, politisch und finanziell am Boden. Es hätte keinen besseren Zeitpunkt geben können, die Neugestaltung Europas nach den Wünschen und Ideen US-amerikanischer Großkapitalisten zu realisieren. Vor kurzem erst feierte Deutschland das 75jährige Bestehen seines Grundgesetzes. Jeder Leser, der an Geschichte interessiert ist, möge sich fragen, warum die federführenden Besatzungsmächte England und USA der neu entstehenden Bundesrepublik Deutschland nicht ihr eigenes demokratisches Wahlsystem – das sie ja immerhin für das beste der Welt hielten und bis heute halten – aufgeprägt haben, sondern die bekanntermaßen mangelbehaftete Parteiendemokratie als Grundgerüst des politischen Systems Deutschlands festlegten. Man wusste sehr genau, was man tat. In einer Parteiendemokratie ist es für externe Interessengruppen sehr viel einfacher, Einfluss auf die Struktur der Partei und damit auf die personellen Entwicklungen innerhalb der Parteien zu nehmen, als dies in einer direkten Demokratie möglich wäre. Im Klartext heißt das, dass die Besatzungsmächte dadurch sicher stellten, dass dem deutschen Wähler in Zukunft nur handverlesenes Personal vorge-

setzt werden würde.

Doch zurück zu Europa. Das ACUE war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der Europäischen Bewegung (50%), der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und besonders deren European Youth Campaign (100 %). Damit konnte Einfluss auf die Führer der „Europäischen Bewegung“ Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Retinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia). Das ist der Mutterboden der wichtigsten internationalen Organisationen, die die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrationsbewegung in Gang gebracht haben sowie weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Die zweite der einflussreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi Zeit seines Lebens unter dem Einfluss führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war „ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit“ und „ein Zentrum angelsächsischer Einflussnahme auf dem Kontinent“. (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er (lt. Wikipedia) maßgeblich „die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten“ – zu gut deutsch war Monnet ein Kriegsgewinnler, hier legte er den Grundstein für sein beträchtliches Vermögen. 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles. Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der – in Versailles gegründeten – Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische und britische Banken auch,

flourierende Geschäftsbeziehungen mit Hitler unterhielt. Der Aufstieg der NSDAP wäre ohne die Zuwendungen von Wallstreet und der Bank of England nicht einmal ansatzweise denkbar gewesen.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 „wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte“, wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt.

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands, verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, den älteren Deutschen vielleicht noch unter dem Namen „Montanunion“ bekannt, war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“. Es „blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: dem europäischen Einheitsstaat.“ (Bracher, S.

84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das „eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen“, wofür er mit dem Titel „Vater eines vereinten Europa“ bedacht wurde. Zwei Bewunderer von Monnet, Mery und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: „Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa“ seinen Plan dar:

„Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, dass ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne dass sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden.“

Laut „Focus“ 34/ 2010 sagte Monnet:

„Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne dass die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muss schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand.“

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren – bis heute. Tatsächlich macht die derzeit besonders auffällig selbstzerstörerische Politik Deutschlands und Europas aus dieser Perspektive Sinn, da die unabdingbare Voraussetzung zur Schaffung eines europäischen Einheitsstaates zunächst die Zerrüttung und Desintegration der jeweiligen Nationalstaaten, insbesondere ihrer zivilen Gesellschaften ist. Den Menschen wird es leichter

fallen, sich einer neuen Struktur zu ergeben, wenn die alten Strukturen zerstört sind.

„Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Staaten durch ein immer engermaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt“, welche „die Autonomie der Nationalstaaten systematisch und zum Teil empfindlich beschneiden.“, schreibt der Sozialwissenschaftler Manfred Kleine-Hartlage in einem seiner Essays. Zu diesen Institutionen gehören die Vereinten Nationen (UN) als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welt-Handels-Organisation (WTO), die EU, die NATO, die WHO, der Internationale Strafgerichtshof usw. Dabei muss man sich klar machen, dass die Übertragung nationaler Kompetenzen auf diese Organisationen noch lange nicht an ihr Ende gekommen ist, sondern ständig weitergetrieben wird und dem internationalen Recht, das dadurch geschaffen wird, stets und ausnahmslos Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht zukommt. Die EU gibt bereits ca. 80% der nationalen Gesetze vor, die von den USA dominierte NATO beherrscht die Militärpolitik ihrer Mitgliedsländer, nationale Gesundheitsbehörden sind an WHO-Richtlinien vertraglich gebunden – und welche Macht der IWF auf verschuldete Länder ausübt, erlebten wir mehrfach bereits in drastischer Weise.

„Politische Entscheidungsfindung ist in praktisch allen westlichen Ländern weitgehend aus den dafür vorgesehenen verfassungsmäßigen Gremien ausgelagert worden, indem die Entscheidungsvoraussetzungen ... von privaten Stiftungen und Netzwerken oder von supranationalen Institutionen wie EU und UNO erarbeitet werden. Transparenz ist in solchen Gremien nicht vorgesehen; die Öffentlichkeit bleibt

ausgesperrt und demokratische Kontrolle findet nicht statt. Gewählte Politiker sitzen gewissermaßen nur noch am Ende der Pipeline, und sie haben wenig Einfluss darauf, was in dieser Pipeline transportiert wird, es sei denn, sie gehören selbst den genannten Gremien an. Am Ende beschränkt sich ihre Aufgabe darauf, abzunicken und der Öffentlichkeit als 'alternativlos' zu präsentieren, was zumeist schon längst entschieden worden ist", erklärt Kleine-Hartlage.

Dieses internationale Netz wird von den Regierungen der Staaten geschaffen, also von den Vertretern der Vertreter der angeblich souveränen Völker, über deren Köpfen dies geschieht, ohne dass sie den geringsten Einfluss darauf ausüben könnten. Die Kompliziertheit des Entscheidungsverfahrens bedeutet, „dass eine einmal etablierte Ordnung dieser Art praktisch kaum mehr zu ändern ist, jedenfalls nicht auf Initiative einzelner Akteure oder Staaten hin. Staaten, die einmal in ein solches System verstrickt sind, können es nur als Ganzes akzeptieren oder es ganz verlassen – mit allen Nachteilen und Gefahren, die damit verbunden sind.“ Es ist ein internationales System, das nicht nur die Integrität der Völker und ihre Eigenständigkeit allmählich auflösen, sondern, damit verbunden, die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen und damit jede wahre Demokratie in einem ihm übergestülpten globalen Regelwerk vollends untergehen lassen will.

WELT-COMMONWEALTH

Es liegt auf der Hand, dass eine Weltregierung primär in den Plänen derjenigen liegt, die sowieso durch ihre eigene politische und wirtschaftliche Macht eine Weltherrschaft anstreben: den anglo-amerikanischen Eliten. Bereits Cecil J. Rhodes (1853-1902), wichtiger Impulsgeber des britischen Imperialismus, schwebte eine anglo-

amerikanische Union vor, welche „die Regierung der ganzen Welt antreten“ und „den Frieden der Welt in alle Ewigkeit sichern würde.“

In dem elitären Kreis des „Round Table“, der von Alfred Milner, dem engsten Freund und geistigen Nachfolger Rhodes 1909 gegründet wurde und der bald wesentlichen Einfluss auf die britische Außenpolitik nahm, pflegte man diese Gedanken weiter. Insbesondere die Mitglieder Philip Kerr und Lionel Curtis „dachten an die Möglichkeit, ... eine Art Weltgemeinschaft auf gemeinsamer kultureller und weltanschaulicher Grundlage ins Leben zu rufen; aus diesem Hintergrund gingen die britischen Initiativen zur Schaffung des 'Völkerbundes' (Vorläuferorganisation der UN) hervor“, dessen Präsident der Round-Table Lord Robert Cecil 1923 wurde und bis zu seiner Auflösung 1946 blieb.

Lionel Curtis forderte in seinem Buch „The Commonwealth of Nations“ (London 1916), das britische Commonwealth dürfe nicht auf eine Nation oder ein Reich beschränkt bleiben, da es immer wieder durch Kriege bedroht würde, sondern müsse auf die ganze Menschheit ausgedehnt werden, um so den „Weltfrieden herbeizuführen“. Es sollte ein anglo-amerikanisch geprägter Welt-Commonwealth geschaffen werden. Philip Kerr förderte diese Idee mit aller Kraft. Um die Welt vor einem Krieg aller gegen alle zu bewahren, sei „die einzige Endlösung der Weltstaat“. Gemeinsam mit Curtis unterstützte er die Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove-Kalergi. „Europa – worunter der Kontinent ohne die britischen Inseln verstanden wurde – könne sich langfristig zu einem Commonwealth organisieren, was den Beitritt in den künftigen Welt-Commonwealth unter transatlantischer Führung erleichtern würde.“

Übergang der Führung auf die USA

Im Ersten Weltkrieg verlor Großbri-

tannien seine Weltmachtstellung de facto an die USA. Aber die britischen und amerikanischen Eliten arbeiteten nach wie vor eng zusammen. Immerhin besitzt die Bank of England erhebliche Anteile an der (bis heute in Privatbesitz befindlichen) US-Notenbank FED. Ableger des britischen „Round Table“ gibt es auch in den USA. Und auf höchster Ebene existiert seit Ende des Ersten Weltkrieges die enge institutionelle Verbindung der je einflussreichsten Denkfabriken Chatham House in London und Council on Foreign Relations in New York, von denen die Richtlinien der Außenpolitik ausgingen und bis heute ausgehen.

US-Präsident Franklin D. Roosevelt unternahm nach dem Scheitern des Völkerbundes noch während des Zweiten Weltkrieges einen zweiten Versuch, eine Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen, und erarbeitete zusammen mit dem britischen Premierminister Winston Churchill die Atlantik-Charta. Am 1. Januar 1942 beriefen sich 26 Staaten in der Deklaration der Vereinten Nationen auf die Prinzipien der Atlantik-Charta. (Wikipedia) Die Vereinten Nationen wurden 1945 gegründet und haben inzwischen 193 Mitgliedsstaaten.

Doch darf man die Bedeutung der UNO nicht überschätzen. Sie ist nur schwer handhabbar, zumal die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates USA, GB, China, Russland und Frankreich jeweils ein Vetorecht haben, wenn ihre eigenen Interessen berührt sind. Viel effektiver sind die unter strammer US-Führung oder Abhängigkeit stehenden Organisationen wie NATO, IWF und EU für die anglo-amerikanischen Interessen einzusetzen und zum weiteren Souveränitätsabbau der Nationalstaaten in Richtung einer Weltregierung auszubauen. Wie stark dessen Realisierungswille besteht, wird an folgenden Aussagen einflussreicher Persönlichkeiten deutlich:

James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, sagte am 17.2.1950 vor dem US-Senat: „Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft.“ (Wikipedia)

Richard Newton Gardner, US-Botschafter in verschiedenen Ländern, UN-Berater und Mitglied der Trilateralen Kommission schrieb im CFR-Magazin Foreign Affairs, April 1974: „Das 'Haus der Weltordnung' wird man eher von unten nach oben hin, statt von oben nach unten herab aufbauen müssen. ... Denn wenn es darum geht die nationale Souveränität zu zerstören, ist es viel effektiver, sie Stück für Stück erodieren zu lassen als den altmodischen Frontalangriff durchzuführen.“

Dazu gehören, laut unverblümt verkündeter Pläne, durch Ausbeutung und Kriege herbeigeführte massenhafte Migrationsbewegungen, die zur Destabilisierung der Staaten, sowie zu Verschmelzungen und Identitätsverlust der Völker führen sollen. Willy Wimmer, früherer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, schildert aus seiner Erfahrung in NATO-Übungen, dass Flüchtlingsströme immer Gegenstand militärischer Planung seien. Selbstverständlich sind sie das. Militärstrategen wissen genau, was sie auslösen, sobald sie Bomben auf unschuldige Menschen herabregnen lassen.

Von David Rockefeller, 36 Jahre Direktor, 20 Jahre Vizepräsident und 15 Jahre Vorstandsvorsitzender des Council on Foreign Relations, Gründer der Trilateralen Kommission und Lenker der Bilderberger-Konferenzen, wird vielfach berichtet, er habe beim Bilderberg-Treffen 1991 in Baden-Baden vom 6. bis 9. Juni den Medien dafür gedankt, „dass sie sich an ihr Versprechen, Diskretion zu wahren, beinahe vierzig Jahre lang gehalten haben. Es wäre

uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden. Aber die Welt ist jetzt ausgeklügelter und vorbereitet, in Richtung einer Weltregierung zu marschieren. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen.“

Das klingt authentisch, wenn man hinzunimmt, dass er in seinen Memoiren von 2002 auf Seite 405 offen bekennt: „Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich als 'Internationalisten' und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen – die einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.“ (Wikipedia)

ELITEN-NETZWERK

Es ist auffällig, wie unter den Funktionseleiten der westlichen Welt, mit Ausläufern bis in die der Schwellenländer und des postsowjetischen Raums, ein nahezu unangefochtener Konsens über diese Entwicklung besteht. Dabei versteht der größte Teil diese globale Ideologie als Inbegriff der Vernunft, die in Anbetracht der Geschichte alternativlos sei. Die globalen Probleme seien mit den alten nationalen Strukturen überhaupt nicht mehr zu bewältigen, so die gängige Argumentation. Geflüssentlich verschwiegen wird dabei stets, dass die „globalen Probleme“, die zu lösen man sich für berufen hält, in aller Regel auch von den genannten Organisationen selbst verursacht, inszeniert oder wenigstens amplifiziert werden.

Was einst verheimlicht und als Verschwörungstheorie diskreditiert

wurde, wird nun – Rockefeller gab das Signal – offen als notwendiges Mittel zur Bewältigung der „weltweiten Krisen“ ausgegeben. Gideon Rachman, Elitejournalist der Financial Times in London schrieb im Leitartikel vom 7.12. 2008: „Zum ersten Mal in meinem Leben glaube ich, die Bildung einer Art Weltregierung ist plausibel. Eine Weltregierung würde viel mehr als die Zusammenarbeit zwischen den Nationen bedeuten. Sie wäre ein Unternehmen mit staatsähnlichen Merkmalen, das durch eine Reihe von Gesetzen gestützt wird.“

David Held, Direktor der London School of Economics, einer der renommiertesten Universitäten der Welt, der die Zeitung The Guardian „mehr Einfluss auf die derzeitige politische Welt als jede andere Hochschule auf der Erde“ bescheinigt (Wikipedia), sagte in einer am 14.4.2009 in 3Sat ausgestrahlten Sendung: „Wir leben in einem geschichtlichen Moment, in dem eine globale Umstellung hin zu einer Weltregierung stattfindet.“ An dieser Umstellung führe auf Dauer kein Weg vorbei, da die „neuen globalen Krisen“ langfristig nicht von einzelnen Staaten, sondern nur von einer Weltregierung gelöst werden könnten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte am 9.11.2009 während der Konferenz „Falling Walls“ für den weiteren Verzicht auf nationale Zuständigkeiten: „Eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle; und sei es auch in der Form einer Verurteilung? ... Die Gründung der Welthandelsorganisation ist ein solches Beispiel, in dem es Schiedsverfahren gibt, in denen über Handelsfragen ohne Vetorecht irgendeines Mitgliedstaates entschieden wird und notfalls auch Vertragsstrafen verhängt

werden. Aber wir haben zu wenig von solchen Beispielen. (...) Es wird so sein, dass ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung ... möglich ist.“

Vorstufe „Vereinigte Staaten von Europa“

Wie oben angedeutet, pflegten schon die britischen Eliten Anfang des vorigen Jahrhunderts die Idee einer europäischen Föderation unter anglo-amerikanischer Dominanz. Aber nicht nur sie, sondern natürlich auch amerikanische Kreise unterstützten Coudenhove-Kalergi mit seiner Paneuropa-Bewegung. Mächtigen Einfluss nahm Winston Churchill darauf. Am 14.5.1947 wurde er in einer Rede in London ganz deutlich:

„Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, dass die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.“ (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Ein Jahr später, welcher merkwürdiger Einklang, verankerte der Parlamentarische Rat in Art. 24 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes die Möglichkeit, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum spä-

teren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP): „Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweißes der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. Aber ich glaube nicht, dass wir zur Weltregierung kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein.“

Das bedeutet, auch die deutsche Elite war sich bereits 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre. Der oben bereits zitierte Journalist Gideon Rachman schrieb in dem Leitartikel in der Financial Times vom 8.12.2008 weiter: „Die Europäische Union hat bereits eine kontinentale Regierung für 27 Länder und könnte ein Modell sein. Die EU hat ein oberstes Gericht, eine Währung, Tausende von Seiten des Gesetzes, einen großen öffentlichen Dienst und die Fähigkeit zur Bereitstellung militärischer Gewalt. Könnte sich das europäische Modell weltweit verbreiten?“ Und das „europäische Modell“ wird von der derzeitigen EU mittels der scheinbar bewusst herbeigeführten Krisen unerbittlich zum vollen europäischen Staat vorangetrieben. Wenn die Bürger Europas ihre jeweiligen Nationalstaaten ökonomisch und sozial in Trümmern liegen sehen, werden sie das Narrativ der alternativlosen Rettung durch Überführung in einen Zentralstaat mit Leichtigkeit akzeptieren.

Manfred Kleine-Hartlage zieht am Ende seines zitierten Essays ein ernstes Fazit: „Die Umriss einer durchaus nicht kommunistischen oder faschistischen, wohl aber totalitären, globalen Diktatur zeichnen sich deutlich ab. Alle zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Strategien laufen bereits, und dies zum Teil schon seit vielen Jahrzehnten. Ob dieser Prozess noch umkehrbar ist?“